

## **Haushaltrede**

### **anlässlich der Einbringung des Haushaltes 2013 am 14. Februar 2013**

*(Es gilt das gesprochene Wort)*

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

bevor ich zu den Fakten des Haushaltsplanes komme, darf ich Ihnen versichern, dass ich lange nicht mehr so angespannt einer Ratssitzung entgegen geblickt habe, wie der heutigen Sitzung.

An den Beginn seiner Haushaltsreden hat der frühere Kollege Vielstich immer eine kleine Tiergeschichte gestellt. Ich habe eine Zeit überlegt auch mit einer kleinen Geschichte zu beginnen, habe mich aber dann dagegen entschieden. Nicht, dass sie glauben mir wäre keine passende Geschichte zu unserer Haushaltssituation eingefallen. Zu unserer bisherigen Haushaltssituation, mit den vergeblichen Bemühungen das Defizit zu senken, passt sicherlich die bei allen bekannte Geschichte vom Wettlauf zwischen Hase und Igel. In dieser Geschichte hat der Hase immer wieder versucht das Rennen zu gewinnen und siehe da, immer wenn er am Ziel ankam, sprach der Igel: „*Ich bin schon da*“. Ähnlich ist es uns bei den Bemühungen zur Bewältigung des Defizites ergangen. Immer wenn der Glaube herrschte nun die Finanzen in den Griff zu bekommen, traten Ereignisse ein, die die Bemühungen um eine geordnete Haushaltsführung wieder zu Nichte machten und auch das Defizit sich mit den Worten „*Ich bin schon da*“ gemeldet hat.

Auch bei der gesamtwirtschaftlichen Situation ergeben sich kaum Neuigkeiten. Man schlidert von einer Krise in die andere. Beginnend mit der Finanz- und Bankenkrise über die Eurokrise bis jetzt zur Schuldenkrise bleibt der Blick in naher Zukunft auf die USA gerichtet, die Ende Februar wieder vor der nächsten Erhöhung ihrer Schuldenobergrenze stehen. Die USA haben bereits am 31. Dez. 2012 den zulässigen Schuldenhöchststand von 16,4 Billionen Dollar erreicht. Die Zahlungsunfähigkeit der USA wird seit dem nur noch durch Sondermaßnahmen, wie das Aussetzen von staatlichen Beiträgen in die Pensionskassen, gewährleistet. Experten gehen davon aus, dass bis spätestens Ende Februar oder Anfang März dieser Puffer aufgebraucht ist.

Welche Auswirkungen sich daraus für die Weltwirtschaft und auch für die Wirtschaft im Euroraum ergeben, bleibt abzuwarten.

Bei den nordrheinwestfälischen Kommunen sieht es aber auch nicht besser aus. Nach Mitteilung des Städte- und Gemeindebundes NRW ist die finanzielle Situation der Nordrhein-Westfälischen Kommunen weiter angespannt und der überwiegende Teil der Kommunalhaushalte ist defizitär. Zwar sind durch die Neuregelungen zur Haushaltssicherung viele Kommunen aus dem Nothaushalt wieder in ein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept gekommen, aber ihnen ist bekannt, dass dieses nur durch eine haushaltstechnische „Mogelpackung“ erreicht werden konnte. Und wieder sind wir bei der kleinen Geschichte vom Wettlauf zwischen Hase und Igel. Denn der Igel konnte auch nur durch eine kleine Mogelpackung gewinnen.

Meine nachfolgenden Erläuterungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2013 konzentrieren sich auf einige Kernpunkte. Im Übrigen verweise ich auf den Vorbericht, der die wesentlichen Entwicklungen und Tendenzen aufzeigt. Wie bereits im letzten Jahr, wird vorab auf die nega-

tiven Entwicklungen bei den statistischen Angaben, sowohl bei der Wohnbevölkerung als auch bei den Schülerzahlen, hingewiesen. Die Wohnbevölkerung verringerte sich in 2011 um insgesamt 138 Einwohner, das sind nochmals 53 Einwohner mehr als in 2010, da waren es 85 Einwohner. Damit ist die Wohnbevölkerung seit 2006 bis 2011 um insgesamt 518 Einwohner gesunken. Als positiver Lichtblick ist zu vermerken, dass dieser Abwärtstrend im 1. Halbjahr 2012 nicht eingetreten ist. Zum 30.06.2012 beläuft sich die statistische Einwohnerzahl auf 8.084 Einwohnern und somit 3 mehr als zum 31.12.2011. Ob dies das Ende der Fahnenstange ist bleibt abzuwarten.

Die Schülerzahlen hingegen sind weiter rückläufig, so dass für 2012 ein erneutes Minus von 52 Schülern zu Buche steht. Dies liegt auch daran, dass in der gemeinsamen Hauptschule keine Eingangsklasse mehr gebildet wird und die Schulträgerschaft bei der Sekundarschule bei der Gemeinde Extertal ist. Die Schüler werden daher der Gemeinde Extertal zugerechnet. Damit ist die zu berücksichtigende Schülerzahl seit 2008 um insgesamt 133 Schüler oder 23 % gesunken.

Ich komme nunmehr zu den konkreten Daten des Haushaltsplanes 2013. Diese wurden auf der Datenbasis der Jahresabschlüsse 2010 und 2011 und den Prognosen bei der Haushaltsaufstellung 2012 ermittelt.

Nach verschiedenen Gesprächen mit allen Beteiligten hat der Verwaltungsvorstand den Haushaltsplan 2013 mit grundsätzlich positiver Erwartung, aber nicht ohne die Realität aus den Augen zu verlieren, aufgestellt. Die Eckpunkte stelle ich Ihnen nun kurz vor.

## **1. Ergebnisplan**

Auch in 2013 und somit im 6. Jahr in Folge seit der NKF-Einführung reichen die Erträge nicht aus um die Aufwendungen zu decken. Im Haushaltsplanentwurf weist der Ergebnisplan einen Fehlbetrag von 630.200 EUR aus. Nach dem Haushaltsplan 2012 war für das Jahr 2013 ein Defizit von 750.000 EUR prognostiziert worden. Damit hat sich das Ergebnis leicht verbessert, obwohl der Entwurf einige Sondereffekte für das Jahr 2013 enthält, auf die im weiteren Verlauf noch eingegangen wird. Gegenüber den Planungen für das Haushaltsjahr 2012 ergibt sich eine Verbesserung des Ergebnisses um ca. 1,4 Mill. EUR. Dies wurde sowohl durch Ertragssteigerungen als auch Aufwandsminderungen erreicht. Auf einzelne Positionen werde ich im weiteren Verlauf eingehen.

Auch bei den Zahlen für die Haushaltsjahre 2014 - 2016 wird eine weitere positive Entwicklung erwartet. Nach den derzeitigen Planungen wird erstmalig im Haushaltsjahr 2016 ein Haushaltsüberschuss erwartet.

Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass insbesondere die Aufwandsansätze mit spitzer Feder kalkuliert wurden und keinerlei Spielräume für „Überraschungen“ bieten. Damit führen automatisch nicht kalkulierte oder nicht vorhersehbare zusätzliche Aufwendungen zur Erhöhung des Defizites. Einen Puffer enthält dieser Haushaltsplanentwurf nicht.

Die Auswirkungen auf das Eigenkapital sind weiter negativ. Nach dem letzten testierten Jahresergebnis 2011 verringerte sich das Eigenkapital um 757.900 EUR auf 11,0 Mill. EUR. Damit standen per 31.12.2011 ca. 0,9 Mill. EUR in der Ausgleichsrücklage und 10,1 Mill. EUR in der allgemeinen Rücklage zur Verfügung. Damit brauchte bisher die allgemeine Rücklage noch nicht in Anspruch genommen werden. Dieses ist nach den Planungen erstmalig im Haushaltsjahr 2012 erforderlich, da dort ein Defizit von ca. 2,0 Mill. EUR prognostiziert ist. Ich darf in diesem Zusammenhang aber auf den Finanzbericht zum 31.12.2012 verweisen, der von einem Defizit von 0,8 Mill. EUR ausgeht. Das wiederum bedeutet, dass die allgemeine Rücklage auch in 2012 noch nicht in Anspruch genommen werden muss. Das Defizit wäre damit durch die Ausgleichsrücklage gedeckt und weiterhin der fiktive Haushalts-

ausgleich gegeben. Die Ausgleichsrücklage wird aber spätestens im Jahr 2013 aufgebraucht sein. Im Rahmen des NKF-Weiterentwicklungsgesetzes ist in den Übergangsregelungen (Artikel 8, § 3) aufgenommen, dass Jahresüberschüsse der Vorjahre des Haushaltsjahres 2012, die der allgemeinen Rücklage zugeführt wurden, im Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2012 unter bestimmten Gegebenheiten der Ausgleichsrücklage zugeführt werden können. Da die Gemeinde im Jahr 2008 ein positives Jahresergebnis hatte, dass der allgemeinen Rücklage zugeführt wurde, wird die Verwaltung prüfen, ob es Sinn macht die Ausgleichsrücklage im Rahmen des Jahresabschlusses 2012 wieder aufzustocken.

### **1.1. Erträge**

Der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge beträgt 15,0 Mill. EUR (Vorjahr 13,4 Mill. EUR). Die wesentlichen Positionen davon sind 6,5 Mill. EUR Steuern und ähnliche Abgaben, 3,2 Mill. EUR Zuwendungen und allgemein Umlagen und 3,7 Mill. EUR öffentlich rechtliche Leistungsentgelte. Die Ertragsseite ist durch eine positive Entwicklung bei der eigenen Steuerkraft gegenüber 2012 um ca. 500.000 EUR geprägt. Auch bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen ist eine um 0,6 Mill. EUR höhere Zahlung der Schlüsselzuweisungen zu erwarten. Die Verwaltung war von einem Zuwachs von 0,9 Mill. EUR ausgegangen. Der Betrag wurde aber durch Umschichtung der Verteilungsgrundlage weitgehend dem nicht kreisangehörigen Bereich zugeordnet. Die Einschätzung der Schlüsselzuweisungen für die kommenden Haushaltsjahre ist und bleibt schwierig. Die Kalkulation beruht auf den Annahmen der Orientierungsdaten und der Berechnung 2013. Gleichwohl wurde versucht die höhere Steuerkraft und ein jährlicher Rückgang der Bevölkerung von 50 Einwohnern einzuberechnen. Da auch zukünftig mit weiteren Umschichtungen in die Ballungsräume zu rechnen ist, ist die Höhe der Schlüsselzuweisungen weiterhin schwer zu kalkulieren. Die Erträge bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen bleiben damit die großen Unbekannten.

Das Gesamtaufkommen der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte bleibt innerhalb der nächsten Jahre stabil und es werden keine gravierenden Änderungen erwartet. Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte setzen sich hauptsächlich aus den Gebühren für die Ver- und Entsorgung und den Friedhofsgebühren zusammen.

### **1.2. Aufwendungen**

Den Erträgen stehen ordentliche Aufwendungen von 14,9 Mill. EUR (Vorjahr 14,8 Mill. EUR) und Zinsaufwendungen von ca. 0,7 Mill. EUR (Vorjahr 675.000 EUR) gegenüber. Wesentliche Positionen davon sind die Transferaufwendungen in Höhe von 6,4 Mill. EUR, die Personal- und Versorgungsaufwendungen in Höhe von 3,3 Mill. EUR, die bilanziellen Abschreibungen von 1,8 Mio. EUR, sonstige ordentliche Aufwendung in Höhe von 1,9Mio. EUR sowie Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 1,5 Mill. EUR.

Bei den Transferaufwendungen ist der größte Brocken die Kreisumlage. Sowohl die allgemeine Kreisumlage als auch die Jugendamtsumlage sind gegenüber dem Vorjahr im Gesamtvolumen nicht gestiegen und aufgrund der Bemessungsgrundlage für die Gemeinde Dörentrup leicht rückläufig. Die Gesamtschulumlage für 2013 liegt weiterhin bei 260.000 EUR. Die Gemeinde Dörentrup ist in diesem Zusammenhang aber der Auffassung, dass durch die geänderte Gewichtung der Ganztagschüler im GFG eine Neuberechnung der Gesamtschulumlage zu erfolgen hat. Die Stadt Lemgo führt diesbezüglich einen Musterprozess gegen den Kreis Lippe.

Die Personalaufwendungen einschließlich der Versorgungsaufwendungen sind mit 3,3 Mill. EUR gegenüber 2012 nahezu gleich geblieben. Die rechnerische Anzahl der beschäftigten Mitarbeiter beträgt 64,31 Vollzeitstellen (Vorjahr 65,61 Stellen) und sinkt somit um 1,3 Stellen oder 1,98 %.

Der Anteil der freiwilligen Leistungen (Anlage 4 des Haushaltsplanentwurfes) bleibt mit ca. 0,6 Mill. EUR verschwindend gering und bietet nur in geringem Umfang Potential zur Defizitminderung.

Besonders hinweisen möchte ich in diesem Zusammenhang auf die Veranschlagung der konsumtiven Maßnahmen aus der Städtebauförderung mit einem Gesamtvolumen von ca. 150.000 EUR und der Verbesserung der DSL-Infrastruktur mit ca. 200.000 EUR. Der Eigenanteil für diese Maßnahmen beträgt in 2013 ca. 200.000 EUR. In den Folgejahren wird der Eigenanteil deutlich geringer, da aufgrund des Kassenwirksamkeitsprinzips Zuwendungen erst zeitversetzt veranschlagt worden sind.

## **2. Finanzplan**

Der Finanzplan gibt einen Überblick über die im Haushaltsjahr zu erwartenden Einzahlungen und Auszahlungen. Durch die zusammenfassende Darstellung dient er zur Ermittlung der Liquidität und der tatsächlichen finanziellen Lage. Der Finanzplan wird in Zahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Teil A) und Investitions- und Finanzierungstätigkeit (Teil B) aufgeteilt. Der Liquiditätssaldo aus der Finanzrechnung ist dann die Veränderung des Bestandes an liquiden Mitteln in der Bilanz.

### **2.1. Zahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**

Diese Zahlungen korrespondieren im Wesentlichen mit den Aufwendungen des Ergebnisplanes, so dass hierzu keine zusätzlichen Ausführungen mehr gemacht werden müssen.

### **2.2. Zahlungen aus Investitionstätigkeit**

#### **2.2.1. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**

Der Finanzplan geht von Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von 0,8 Mill. EUR (Vorjahr 1,1 Mill. EUR) aus und wird fast ausschließlich geprägt durch Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen in Höhe von 726.000 EUR. Einzahlungen aus Beiträgen und Entgelten machen lediglich 51.000 € aus.

#### **2.2.2. Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**

Den Einzahlungen stehen Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von 3,2 Mill. EUR (Vorjahr 2,3 Mill. EUR) gegenüber. Wesentliche Positionen davon sind 2,8 Mill. EUR Auszahlungen für Baumaßnahmen (Vorjahr 1,9 Mill. EUR) sowie 0,4 Mill. EUR Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen (Vorjahr 327.000 EUR).

Auf die größeren Investitionsmaßnahmen für das Jahr 2013 möchte ich im Folgenden eingehen. Die Darlegung der haushaltsrechtlichen Auswirkungen von Investitionen in der NKF-Doppik ist bereits mehrfach angesprochen worden, so dass auf eine erneute Darlegung der Auswirkungen der erhaltenden Zuwendungen und Anzahlungen sowie der Investitionszuschüsse im Rahmen des GFG auf die Abschreibung nicht nochmal eingegangen werden muss.

### **Nunmehr die geplanten Investitionen:**

Die Gemeinde Dörentrop hat sich erfolgreich für das Städtebauförderprogramm „Kleine Städte und Gemeinden“ beworben und Zusagen zur Gewährung von Fördermitteln erhalten. Problematisch in diesem Haushaltsjahr ist die Fülle der zu beginnenden Maßnahmen, was schon die Gesamtsumme von 2,8 Mill. EUR deutlich macht. Selbst in Zeiten des Konjunkturpaketes und des Neubaus des Rathauses hat die Gemeinde nicht in einem solchen Umfang innerhalb eines Haushaltsjahres einen so großen Brocken an Maßnahmen vor den „Füßen“ gehabt. Die im Jahr 2012 vorgesehenen Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 1,9

Mill. EUR sind zum großen Teil nicht abgeflossen und belasten nun die Liquidität im Finanzplan 2013.

Im Haushaltsplanentwurf sind alle derzeit geplanten Maßnahmen im Zeitraum 2013 – 2016 aufgeführt. Die Summe der Maßnahmen beläuft sich nach derzeitigen Planungen auf insgesamt 4,8 Mill. EUR. Damit sollen über 50% dieser geplanten Investitionen im Haushaltsjahr 2013 umgesetzt werden.

Aus Erfahrung ist aber damit zu rechnen, dass der Baufortschritt nicht so zügig vorangeht wie geplant und es sicherlich zu der einen oder anderen Verschiebung in ein darauffolgendes Haushaltsjahr kommt.

### **Folgende Maßnahmen sollen nunmehr ab 2013 begonnen bzw. umgesetzt werden:**

#### 1. Ersatzbeschaffung Unimog

Kauf eines winterdienstfähigen LKW mit 125.000 EUR im Haushaltsjahr 2013.

#### 2. Hochbaumaßnahmen und Städtebauförderung

Multifunktionales Bürgerhaus einschl. Feuer- und Rettungswache mit 2,3 Mill. EUR innerhalb der Haushaltsjahre 2012, 2013 und 2014.

Mehrgenerationenpark 355.000 EUR im Haushaltsjahr 2013.

Mehrzweckhalle Bega 500.000 EUR im Haushaltsjahr 2013 die Planungskosten in Höhe von 50.000 EUR. Durchführung der baulichen Maßnahme im Haushaltsjahr 2014 ggfls. folgende Haushaltsjahre.

#### 3. Kommunale Verkehrsanlagen

Straßenendausbau „Humfelder Brede“ 230.000 EUR im Haushaltsjahr 2013.

Straßenendausbau „Birken- und Buchenweg“ 200.000 EUR im Haushaltsjahr 2013.

Dorferneuerung „Fermke“ 324.000 EUR ab dem Haushaltsjahr 2014.

#### 4. Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

Versorgungsleitung Hillentrup 80.000 EUR im Haushaltsjahr 2013.

Geschlossene u. offene Kanalisierungsarbeiten 600.000 EUR in den Haushaltsjahren 2013 bis 2016.

Wie bereits dargelegt ergeben alle Investitionsmaßnahmen im Planungszeitraum 2013 - 2016 ein Gesamtvolumen von 4,8 Mill. EUR. Hierzu werden in diesem Zeitraum Fördermittel bei den Hochbaumaßnahmen oder Beiträge bei den Straßenausbauten in einer Gesamthöhe von 2,8 Mill. EUR erwartet. Von diesen Zuwendungen entfallen auf das Haushaltsjahr 2013 aber lediglich 777.300 EUR, so dass sich ein Gesamtsaldo aus Investitionstätigkeiten von 2,4 Mill. EUR ergibt. Zu den Notwendigkeiten einer Darlehnsaufnahme werde ich im Nachfolgenden kommen.

### **2.3. Zahlungen aus Finanzierungstätigkeiten**

Für die Aufnahme und Rückflüsse von Darlehn war für das Haushaltsjahr 2012 die Aufnahme eines Kassenkredites in Höhe von 1,2 Mill. EUR vorgesehen. Dieser Kassenkredit wurde nicht in Anspruch genommen. Vielmehr belief sich der Kassenbestand (Liquidität) der Gemeinde Dörentrup zum Ende des Jahres auf ca. 1,0 Mill. EUR. Gegenüber dem Planungsansatz hat sich damit eine Verbesserung von 2,2 Mill. EUR ergeben. Für den Finanzplan 2013 ergibt sich nunmehr ein Finanzmittelbedarf von 2,7 Mill. EUR. Dieser Finanzmittelbedarf wird nicht ohne Aufnahme eines Kredites zu decken sein. Auch wenn in der Vergangenheit immer wieder Mittel zur Liquiditätsdeckung eingeplant wurden und nicht benötigt worden sind, wird in 2013 eine Kreditaufnahme erwartet und in der Haushaltssatzung eingeplant. Der Finanzplan sieht dann ab 2015 erstmals wieder einen Finanzmittelüberschuss von ca. 930.000 EUR vor, aus dem neben der normalen Tilgung auch Sondertilgungen geleistet werden können.

Aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre heraus, insbesondere bei einem verzögerten Abfluss von Mitteln bei den Baumaßnahmen, gehe ich davon aus, dass wiederum nicht in vollem Umfang ein Kreditbedarf notwendig wird. Trotzdem habe ich im Haushaltsplanentwurf eine Kreditaufnahme (Investitionskredit) in Höhe von 1,5 Mill. EUR. vorgesehen. Dies insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt, dass bereits ein zinsloses Darlehn von der Landesbrandversicherung für die Feuerwache zugesichert worden ist. Da derzeit das Zinsniveau bei den Kassenkrediten deutlich unter dem Zinsniveau für Investitionskredite liegt, wird der Rat erst im Herbst bzw. zum Jahresende zu entscheiden haben, ob er diese Kreditverpflichtung ausschöpfen möchte oder ggfs. ein größeres Volumen der Ermächtigung für Kassenkredite ausschöpfen will. Dies hängt zum einen von der Abwicklung der Investitionsmaßnahmen, der Zahlung von Fördermitteln und von der Entscheidung ab, soll eine langfristige Zinssicherung über einen Investitionskredit erfolgen oder der niedrige Zinssatz bei Liquiditätskrediten in Anspruch genommen werden.

### **3. Mittelfristige Erfolgs- und Finanzplanung**

Ich gehe nun auf die zu erwartende Entwicklung des Eigenkapitals ein, die in der Vergangenheit durch die Jahresfehlbeträge geprägt worden ist. Der letzte testierte Jahresabschluss wies ein Eigenkapital von 11,0 Mill. EUR aus, davon 0,9 Mill. EUR in der Ausgleichsrücklage und 10,1 Mill. in der allgemeine Rücklage. Mit dem geplanten Defizit aus dem Jahr 2012 in Höhe von 2,0 Mill. EUR sollte die Ausgleichsrücklage in vollem Umfang aufgebraucht sein. Und die allgemeine Rücklage um ca. 1,1 Mill. EUR gemindert werden. Die geplanten Fehlbeiträge in den Haushaltsjahren 2014 (in Höhe von 400.000 EUR) und 2015 (in Höhe von ca. 150.000 EUR) werden das Eigenkapital auf ca. 7,8 Mill. EUR reduzieren. Erstmalig im Haushaltsjahr 2016 ist dann wieder ein Haushaltsüberschuss in Höhe von 60.000 EUR eingeplant, der der allgemeinen Rücklage wieder zugeführt würde..

Da nach derzeitigen Erkenntnissen das Haushaltsjahr 2012 aber voraussichtlich einen geringeren Fehlbetrag, geschätzt derzeit zwischen von 800.000 – 1,0 Mill. EUR, ausweist, könnte es dazu kommen, dass im Jahresabschluss 2012 noch ein Restbestand der Ausgleichsrücklage vorhanden ist und sich der Bestand des Eigenkapitals um 1,0 – 1,2 Mill. EUR besser darstellt.

### **4. Haushaltssicherungskonzept**

Die Notwendigkeit der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2013 – 2022 ist dem Haushaltsplanentwurf als Anlage beigefügt. Die Notwendigkeit ergibt sich aus § 76 Absatz 1 und 2 der GO NRW. Nach Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes 2010 hat sich gezeigt, dass die Gemeinde ein Haushaltssicherungskonzept aufgrund der Bestimmungen zu § 76 Absatz 1 Ziffer 2 GO NW aufzustellen hat. Die Notwendigkeit ergibt sich wenn die allgemeine Rücklage innerhalb von zwei aufeinander folgenden Haushaltsjahren, jeweils um mehr als 5% ( $\frac{1}{20}$ ) gesenkt wird. Dieses ist sowohl nach dem Planungsstand 2012 als auch

2013 gegeben. Nach derzeitiger Planung unterschreitet die Gemeinde erstmals im Haushaltsjahr 2014 diese 5%-Regelung. Nach Klärung mit der Kommunalaufsicht besteht für die Gemeinde weiterhin die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes. Diese Verpflichtung endet erst in dem Haushaltsjahr in dem der Haushaltsausgleich wieder erreicht wird. Erreicht wird der Haushaltsausgleich mit der Vorlage eines Haushaltes der in Aufwendungen und Erträgen ausgeglichen ist und eine künftige dauerhafte Leistungsfähigkeit der Gemeinde aufzeigt. Ein fiktiver Haushaltsausgleich reicht insoweit nicht aus, um die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes zu beenden. Die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes macht aber auch deutlich, dass in den Jahren 2014 und 2015 die 5%-Regelung unterschritten wird.

Das Haushaltssicherungskonzept enthält die kumulierten Gesamtergebnisse von 2013 – 2022. Diese ergeben in der Aufrechnung ein Plus von 4,8 Mill. EUR. Danach ergibt sich für die Haushaltsjahre 2013 – 2016 ein Minus von 1,1 Mill. EUR und von 2017 – 2022 ein Plus von 5,9 Mill. EUR. Das Eigenkapital würde danach bis 2022 auf 17,4 Mill. EUR anwachsen. Diese überaus positive Entwicklung ist ausschließlich der zur Zeit anzuwendenden Rechtssystematik mit einem Planungshorizont bis 2022 geschuldet und es bestehen weiterhin starke Zweifel, ob über einen Planungshorizont von fast 10 Jahren eine derartige Entwicklung errechnet werden kann und dann auch so eintritt. Der Planungszeitraum bis 2016 sollte daher der Schwerpunkt bei der Beurteilung der Finanzsituation bleiben. Die Gemeinde geht davon aus, dass weiterhin ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept besteht und das frühere Nothaushaltsrecht beendet und somit Entscheidungsspielräume der Gemeinde vorhanden sind. Mit den bisherigen Konsolidierungsmaßnahmen seit dem HSK 2010 ist eine deutliche Verbesserung der Haushaltssituation der Gemeinde eingetreten. Dazu möchte ich zusätzlich vermerken, dass die bisher vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen in Bezug auf die Kürzung von Zuschüssen an kirchliche Träger von Tageseinrichtungen und der kirchlichen Jugendarbeit als Konsolidierungsmaßnahmen aus dem Haushaltssicherungskonzept herausgenommen wurden. Die Zuschüsse sind bis 2016 weiter eingeplant.

## **5. Zusammenfassung des Haushaltsplanes**

- Alle Planungen beruhen auf den Ergebnissen der Jahresrechnungen der zwei letzten Jahre unter Einbeziehung von Steigerungen im Rahmen der Orientierungsdaten. Bei den Erträgen wurden, insbesondere bei den Schlüsselzuweisungen, die höhere Finanzkraft der Gemeinde und die rückläufige Einwohnerzahl berücksichtigt.
- Der Fehlbetrag konnte zwar deutlich abgesenkt werden, der Ergebnisplan des Haushaltsjahres 2013 ist weiterhin strukturell unausgeglichen und das Haushaltssicherungskonzept ist fortzuschreiben.
- Die Steuersätze liegen 15 Prozentpunkte über den fiktiven Hebesätzen und sind daher in diesem Jahr nur bei der Grundsteuer B um 8 Punkte angehoben worden.
- Eine Kreditaufnahme erscheint für das Haushaltsjahr 2013 unumgänglich. Der Kreditbedarf Investitions- und Liquiditätskredite liegt bei 2,7 Mill. EUR. Tilgungen sind in Höhe von ca. 760.000 EUR vorgesehen. Damit erfolgt eine Nettoneuverschuldung.
- Die Pro-Kopf-Verschuldung steigt damit auf 2.044 EUR.
- Die jährliche Gebührenbelastung bei der Ver- und Entsorgung reduziert sich für den Musterhaushalt um 29 EUR oder 2,4%.
- Der Haushalt entwickelt sich im Planungshorizont bis zum Haushaltsjahr 2016 positiv. Ein Überschuss im Jahresergebnis wird erstmalig 2016 erwartet.
- Der Planungshorizont des Haushaltssicherungskonzeptes bis 2022 bleibt ebenfalls positiv.

## **Ausblick**

Seit dem Haushaltsplan 2010 musste die Gemeinde Dörentrup ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen. Sie befand sich in 2010 und 2011 im Nothaushalt, blieb in der vorläufigen Haushaltsführung und unter Beobachtung des Kreises Lippe als Kommunalaufsicht. Ab 2012 wurde das Haushaltssicherungskonzept genehmigungsfähig, da der Haushaltsausgleich innerhalb des Planungszeitraumes erreicht wird.

Die Finanzsituation der Gemeinde Dörentrup wird sich nach derzeitiger Sicht und unter Berücksichtigung der Orientierungsdaten des Landes innerhalb des Planungszeitraumes leicht verbessern. Bei den eigenen kommunalen Steuereinnahmen war in der Vergangenheit die Gewerbesteuer kaum zu berechnen und unterlag starken Schwankungen. Dies scheint sich für die Zukunft zu stabilisieren.

Die Aufwendungen im Planungszeitraum bleiben stabil. Dabei ist als große Unbekannte der Aufwand für Transferleistungen zu benennen. Auch für diese Aufwendungen wurden die Orientierungsdaten zu Grunde gelegt.

Abschließend ist festzuhalten, dass sich durch die umfangreichen Konsolidierungsanstrengungen die Entwicklungen der Jahresergebnisse innerhalb des Planungszeitraumes deutlich positiver entwickeln. Ein positives Jahresergebnis wird erstmalig in 2016 erreicht. Trotz dieser Entwicklung muss es bei der restriktiven Haushaltsausführung bleiben. Sollte es, wie von einigen Experten prognostiziert zu einer Konjunkturabkühlung kommen, kann es schnell wieder zu rückläufigen Erträgen, insbesondere bei den Steuern und ähnlichen Abgaben als auch bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen, kommen.

Trotz aller positiven Tendenzen muss ich davor warnen allzu optimistisch in die Zukunft zu blicken und weiterhin nach Einsparmöglichkeiten im Haushalt zu suchen. Es darf nicht dazu kommen, dass in Anbetracht der geplanten Entwicklungen die Sparbemühungen außer acht gelassen werden. Entwicklungskonzepte für die Zukunft unter Einbeziehung der Demografie und der sich daraus ergebenden Aufgaben aber auch Chancen sind zu erarbeiten. Insbesondere die interkommunale Zusammenarbeit ist zu forcieren. Abschließend darf ich den britische Politiker Antony Eden zitieren, der sich zu den Erwartungen an den Staat wie folgt geäußert hat:

***„Jeder erwartet vom Staat Sparsamkeit im Allgemeinen und Freigiebigkeit im Besonderen“.***

Diese Erwartungshaltung tritt häufig bei den Konsolidierungsberatungen auf, in denen jeder einsieht, dass gespart werden muss, aber bitte doch nicht in meinem Budget.

Als Titelbild für den Haushaltsplan 2013 habe ich die Ansicht der größten Investitionsmaßnahme -das Multifunktionale Bürgerhaus- genommen.

Abschließend möchte ich mich noch mal bei allen Mitarbeitern im Haus insbesondere bei Frau Ahrens die für die Zusammenstellung des Zahlenwerkes verantwortlich war, als auch dem Verwaltungsvorstand für die Mitarbeit am Gelingen des Haushaltsplanentwurfes 2013 bedanken. Trotz schwieriger Haushaltslage ist es meines Erachtens gelungen ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Sparen und Investieren aufzustellen.

Dieser Entwurf des Haushaltsplanes soll im Haupt- und Finanzausschuss am 7. März 2013 beraten werden. Die endgültige Verabschiedung ist dann in der Ratssitzung am 21. März 2013 vorgesehen.

Ich wünsche Ihnen eine gute Beratung des Haushaltsplanes 2013 und beende damit meine Rede und überreiche Ihnen den Entwurf des Haushaltsplanes.